

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 30/39
Telefax: 888 648 ppbn d
Telefax: 21 00 64



Inhalt

Gernot Erler MdB berichtet
über die jüngsten Wahlen in
Bulgarien.

Seite 1

Dr. Marliese Dobberthien,
Gleichstellungsbeauftragte in
Hamburg, diskutiert Vor-
schläge zur Aufwertung der
Hausarbeit. (Teil I)

Seite 4

45. Jahrgang / 111

13. Juni 1990

Bulgarien hat ein Parlament gewählt

Tagebuch einer Wahlbeobachtung

Von Gernot Erler MdB

Sonntag, 10. Juni, 8 Uhr, Sofia: Aus den verschiedenen Ausländerhotels und Regierungsunterkünften der Hauptstadt starten schwarze Limousinen mit den internationalen Wahlbeobachtern in verschiedene Himmelsrichtungen. An den Wagen hängen Schilder mit der bulgarischen Aufschrift „Ausländische Gäste zu den Wahlen“. Das gewährt überall Durchlaß und befreit die Fahrer offensichtlich auch von der Pflicht, Verkehrsregeln zu beachten.

Die Abgeordneten und Gäste aus den USA (sie stellen die größte Delegation, drei Gouverneure eingeschlossen), Kanada, der UdSSR und fast allen westeuropäischen Ländern tragen kleine schwarze Plastiktaschen, in denen sie wichtige Unterlagen für diese ersten demokratischen Wahlen in Bulgarien nach 44 Jahren mitführen: das Wahlgesetz und die Adressen und Telefonnummern der Wahlkommissionen für alle 200 Direktwahlkreise und die 28 „mehrmandatigen“ Wahlkreise, in denen nach Verhältniswahl 4 bis 26 Mandate vergeben werden. In den ersten Morgenstunden ist es kein Problem, eines von den fast 12.300 Wahllokalen zu finden - vor ihnen bilden sich Schlangen wie wochentags vor den Lebensmittelgeschäften.

10. Juni, 9.30 Uhr, Teteven: Diese Kleinstadt mit 13.000 Einwohnern liegt etwas abseits der Straße nach Veliko Tarnovo, am Ende einer Stichstraße in die Nordhänge des Balkan-Gebirges hinein. Sie ist berühmt für ihre mit Holzschnitzereien verzierten Häuser. Zwei Passanten helfen, dann ist die Schule mit der Wahlkommission gefunden. Keine Überraschung über die Gäste: Man wußte über die Medien, daß wir unterwegs sind. Ein junger Mann fällt auf wegen eines weißen Polohemdes mit dem Aufdruck: „Für ehrliche Wahlen“. Er gehört zur „Bulgarischen Vereinigung für ehrliche Wahlen“, eine vor wenigen Tagen von dem bekannten Sofioter Fernsehjournalisten Keworkjan ins Leben gerufenen Freiwilligenorganisation, also quasi ein bulgarischer Beobachterkollege.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Fernliefern Umweltschonend
mit wertvollen Aufschlägen
Recycling-Papier



Später wird er alle in dieser Stadt ermittelten Wahlergebnisse selber in einem Formular festhalten und nach Sofia bringen, um damit zu einer Kontroll-Rechnung beizutragen. Denn am schwierigsten sind eventuelle Manipulationen bei der Datenübertragung in die Hauptstadt zu kontrollieren. Der junge Mann führt uns auch zu einem der Wahllokale, errichtet im Stadtsovjat (Rathaus) am Hauptplatz des Ortes. Die 9.078 eingeschriebenen Wähler von Tateven können ihre zwei Stimmen vier verschiedenen Direktkandidaten und 13 Parteilisten geben. Im Wahlvorstand sind verschiedene Oppositionsgruppen vertreten. Wir gehen auch in die Wahlkabine, errichtet aus Lattenhölzern und verkleidet mit blauem Stoff. Fein säuberlich liegen dort die verschiedenfarbigen Wahlzettel für Direktkandidaten und Listen bereit. Keine besonderen Vorkommnisse. Geduldig wartet die Wählerschlange, bis wir mit unserer Nachschau fertig sind. Als wir uns durch sie durchschieben, versuchen viele auf unseren angesteckten Ausweisen zu erkennen, woher wir sind. Es herrscht eine entspannte, sogar ein bißchen feiertägliche Stimmung.

10. Juni, 12.10 Uhr, Veliko Tärnovo: Die Einwohnerzahl dieser ehemaligen Hauptstadt, malerisch an den Ufern der Jantra gelegen, die ihre Bögen tief in den Felsen hineingefressen hat, nähert sich den 100.000. Hier arbeitete die erste Gesetzgebende Versammlung, die 1879 Bulgarien eine Verfassung gab - dasselbe also tat, was das jetzt zu wählende Parlament leisten soll. Die Wahlkommissionen tagen im Rathaus, leicht zu finden. Vor uns sitzt Ljubomir Jordanow und kommt vor lauter Telefonanrufen und Trubel in dem Büro kaum dazu, uns etwas zu erklären. Dann werden wir Zeuge von der Meldung eines Vorfalls. Telefonisch teilt jemand mit, im Dorf Ledanik hätten Offizierschüler abgestimmt, denen 10 Tage Urlaub versprochen worden seien, wenn sie die „Bulgarische Sozialistische Partei“ (BSP) - die ehemals kommunistische Regierungspartei - mit den roten Wahlzetteln wählen würden. Jordanow, selber Anhänger der stärksten Oppositions-Koalition, der „Union der demokratischen Kräfte“ (UDK), will der Sache nachgehen. Wir schließen uns sofort an. Zwei plötzlich auftauchende Journalisten, die erfahren hatten, daß wir da sind, begleiten uns ebenfalls. Allerdings stellt sich der Anruf als Fehialarm raus: In Ledanik wählen die Offizierschüler gar nicht. Wir finden sie im Sportpalast, wo sie drei eigne Wahllokale haben. Intensive Nachfragen ergeben aber keine Bestätigung des Verdachts. Die Journalisten nehmen unsere Kommentare auf, die wir wenige Viertelstunden später bereits im Autoradio hören werden. Erstaunlich der ganze Vorfall, wenn man überlegt, daß das autokratische Schiwkow-Regime erst vor genau sieben Monaten, am 10. November 1989, zu Fall gekommen ist. Der Vater von Jordanow wurde 1944 hingerichtet, er selbst hat Jahre wegen seiner Gesinnung im Gefängnis gesessen. Jetzt ist der Jurist Vorsitzender der Wahlkommission im 62. „einmandatigen“ Wahlbezirk von Veliko Tarnovo. Er sagt, er sei froh, daß sich der Vorwurf der Manipulation nicht bestätigt.

10. Juni, 17.20 Uhr, Zeleno Dârvo: Das Dorf (Name auf deutsch: „Grüner Baum“) liegt auf dem Weg zum Schipka-Paß, in 650 m Höhe versteckt im Wald. Nie im Leben hat man uns dort erwartet, wo es ganze 48 Wahlberechtigte gibt. Wir fahren deswegen hin, weil wir über eine Liste mit Wahllokalen verfügen, die uns die Opposition gegeben hat mit dem Hinweis, dort sei die Opposition nicht in den Wahlvorständen vertreten. Unsere Limousine versperrt fast die Dorfstraße, als wir vor der Stube halten, wo hier gewählt wird. Man hat den Eindruck, daß die Mehrzahl der Wähler (46 der 48 haben bereits ihre Stimme abgegeben), hier versammelt ist. Tatsächlich gehören doch zwei Mitglieder des Wahlvorstands der VDK an, einer davon gibt sich als Sozialdemokrat zu erkennen. Keine besonderen Vorkommnisse. In der Wahlkabine sind die roten Stimmzettelhäufchen stärker geschrumpft als die anderen. Die Stimmung ist beinahe aufgekratzt. Sie hätten uns gerne noch dabehalten in „Grüner Baum“. Wer hätte das gedacht, daß zwei deutsche Abgeordnete zu Ihnen auf Ihr Dorf kommen? Wenn wir weg sind, werden sie bald schließen und auszählen - nicht viel Mühe bei 48 abgegebenen Stimmen.

10. Juni, 19.30 Uhr Karlovo: Auf dem Rückweg nach Sofia halten wir in dem Ort, um noch eine Auszählung mitzuerleben. Nach Farben geordnet und durchgezählt liegen die Stimmzettel-Päckchen schon bereit. Man macht sich an das Protokoll-Ausfüllen. Von 627 Wählern haben hier, mitten im Stadtzentrum, 614 gewählt, sieben Stimmen sind ungültig. Die blauen Packen sind am dicksten: Die Opposition hat eindeutig gewonnen, mit 320 zu 231 Stimmen bei dem Direktkandidaten. Wir

treffen wieder die Leute mit den Hemden „Für ehrliche Wahlen“. Sie meinen, in den anderen Wahlbezirken habe die Opposition nicht so gut abgeschnitten. Das Fernsehen ist da und nutzt die Gelegenheit, unsere Statements zum Wahlvorgang aufzunehmen.

10. Juni, 23 Uhr, Sofia: Inzwischen hat sich alles im Kulturpalast eingefunden, vor dessen Türen Hunderte von Anhängern der KDK ihre blauen Fahnen schwenken und „Po-be-da“ (Sieg) skandieren. Nur spärlich treffen Wahlergebnisse ein. Sie bestätigen die Hoffnungen der Demonstranten nur für Sofia und die Großstädte. Ein Austausch mit den Kollegen von anderen Delegationen zeigt, daß sie ähnliche Erfahrungen bei der Wahlbeobachtung gemacht haben. Oppositionspolitiker informieren uns allerdings über Unregelmäßigkeiten an mehreren Orten.

11. Juni, 9 Uhr, Sofia: Auf dem Platz vor dem Parlament stehen jetzt die Demonstranten. Als unsere Limousine über den Platz fährt, beginnt ein wütendes Pfeifkonzert. Man hält uns für Regierungsmitglieder. Wir steigen aus, sagen wer wir sind und diskutieren mit den übernachtigten Leuten. Sie verlangen von uns, daß wir bestätigen, die Wahlen seien gefälscht.

11. Juni, 11 Uhr, Kulturpalast: Auf einer internationalen Pressekonferenz bestätigen Sprecher aller Delegationen, daß sie eine korrekte und friedliche Wahl beobachtet haben. Als Sprecher der deutschen Delegation verlange ich, daß alle Nachrichten über Unregelmäßigkeiten überprüft werden. Wir erklären außerdem, daß es jetzt verfrüht sei, von Siegern und Besiegten zu sprechen. Über 80 Mandate werden erst im 2. Wahlgang in der Stichwahl vergeben. Die immense Wirtschaftskrise wird jedem, der regiert, das Leben schwer machen. Der wirkliche Gewinner sei das bulgarische Volk, mit seinem Wunsch nach Demokratie und Freiheit. Die Wahlen am 10. Juni waren ein entscheidender Schritt in diese Richtung.

Mich spricht der spanische Abgeordnete Martinez an: Jetzt werde sich zeigen, ob die bulgarische Opposition schon über ein demokratisches Bewußtsein verfüge. Sie müsse das Ergebnis der Wahlen akzeptieren, erklärt er voller Erregung. Unsere Popularität bei den Leuten auf Sofias Straßen ist rapide gesunken. Wo wir hinkommen, machen die Freunde der VDK uns den Vorwurf, daß wir die Wahlen nicht für gefälscht erklärt haben. Man muß Verständnis dafür haben. Zu groß war der Abstand zwischen ihren Erwartungen und dem tatsächlichen Ergebnis. Trotzdem: Die nächsten Wahlen, die spätestens in zwei Jahren stattfinden, werden keine Beobachter mehr brauchen. Dieser Weg ist in Bulgarien wie in ganz Osteuropa mühevoll, aber nicht mehr zu versperren.

(-/11.6.1990/st/ks)

* * *

„... unsere tägliche Hausarbeit gib uns heute“ (Teil I)

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit

Von Dr. Marliese Dobberthien

Leiterin der Leitstelle Gleichstellung der Frau der Freien und Hansestadt Hamburg

Wer kennt sie nicht, die tüchtige Hausfrau aus Schillers „Glocke“, die drinnen wartet, während der Mann ins feindliche Leben hinaus muß. Das Frauenideal, die Mutter der Kinder, „die weise herrschet im häuslichen Kreise, und lehret die Mädchen und wehret den Knaben und regat ohne Ende die fleißigen Hände ... und fügt zum Guten den Glanz und Schimmer und ruhet nimmer“, hat über Generationen von jungen Mädchen seine Wirksamkeit entfaltet.

Seit der Vertreibung aus dem Paradies ist der Mensch gehalten, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten. Abgesehen von einigen Privilegierten hat sich für die Mehrheit der Bevölkerung bis heute nichts daran geändert.

Ständig geändert hat sich jedoch der Wert von Arbeit. Körperliche Arbeit wurde im Laufe der Geschichte abgewertet, sie wurde Sklaven, Leibeigenen, Fronabhängigen, Gesinde, Dienstboten und Proletariern überlassen. Geistige Arbeit hingegen, auch bei geringer Meßbarkeit ihrer unmittelbaren Ergebnisse, erfuhr einen gewaltigen Wertschätzungszuwachs, insbesondere seit der technisch-industriellen Revolution.

Aber nicht nur Kopf- und Handarbeit klaffen auseinander, sondern auch die Zuordnung von Arbeit nach Geschlecht.

Die von Frauen ausgeübten Tätigkeiten gelten als „Frauenarbeit“. Diese wird wiederum als weniger schwierig, weniger bedeutend, weniger belastend, weniger hart und so weiter betrachtet. Das gilt sowohl für bezahlte als auch für unbezahlte Arbeit. In der Industrie zum Beispiel gelten ganze Branchen wie die Textilherstellung und -verarbeitung oder ganze Berufsbilder als weiblich und werden entsprechend niedriger bezahlt. Im Einzelhandel reichen die Löhne von Verkäuferinnen ebensowenig aus, eine Familie zu ernähren, wie die Gehälter von Arzthelferinnen. Darum werden Männer nie Arzthelfer und selten Verkäufer, und wenn, streben sie sofort danach, Substitut oder Abteilungsleiter zu werden.

Für die privat im Haushalt geleistete Arbeit von Frauen wird die Abwertung noch eklatanter. Die Spanne reicht von der Verweigerung der Anerkennung der Arbeit bis zu ihrer Unsichtbarkeitsmachung. Die Sprache ist verräterisch. Hausarbeit, Kinderbetreuung, Familienpflege und Krankenpflege, Beziehungsarbeit gelten nicht einmal mehr als Arbeit. Im Brustton der Überzeugung wird jeder Mann von seiner nicht erwerbstätigen Frau, die fünf Kinder großzieht und den Ehegatten samt dem Haushalt betreut, behaupten: „Meine Frau arbeitet nicht“.

Auch die volkswirtschaftliche Rechnung berücksichtigt bisher nicht diese sowohl von nichterwerbstätigen als auch von erwerbstätigen Frauen geleistete Hausarbeit. Die Frau wird vergeblich in volkswirtschaftlichen Lexika nach dem Stichwort „Hausarbeit“ suchen. Für das Bruttosozialprodukt, mit der Summe aller Waren und Dienstleistungen als Kennzeichen der Leistungskraft eines Landes, sind zum Beispiel zwar Reparaturen aufgrund besonders vieler Verkehrsunfälle bei Glatteis Indikator von Leistungssteigerungen, die im Hause für Familienangehörige erbrachten Leistungen sind hingegen bisher keiner statistischen Erfassung wert. Nur wenn im Haushalt ein Arbeitsverhältnis zum Beispiel als Haushaltshilfe begründet wird, erscheint deren Leistung wertsteigernd im Bruttosozialprodukt. Die Leistung der unbezahlten Hausfrau und Mutter, die nicht nur an fünf Tagen in der Woche, und nicht nur acht Stunden täglich ohne Tarifvertrag, Ferienanspruch und Freizeitausgleich arbeitet, wird bisher von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mißachtet. Wem ist schon geläufig, daß durch die Erfassung der Hausarbeit das Bruttosozialprodukt um 70 Prozent steigen würde und

daß der Wert der in allen privaten Haushalten geleisteten Arbeit 1,1 Billionen DM, das ist eine 1 mit 12 Nullen, beträgt?

Durch die Reduzierung des Begriffs der Arbeit auf Erwerbsarbeit wird Hausarbeit diskriminiert und damit letztlich auch jene Millionen von Frauen, die noch immer die Hauptlast der Hausarbeit tragen, und zwar sowohl als Berufstätige als auch als sogenannte „Nur-Hausfrau“. Erlebnisse von Frauenfrust und Frauenzorn füllen Bücherbände und Arztpraxen.

Was tun?

Es gibt verschiedene politische Wege. Die (männlichen) Marxisten träumten noch davon, die Hausarbeit mit ihrem hohen Gebrauchswert, aber niedrigen Tauschwert zu industrialisieren. Für sie galt private Hausarbeit als „rückständig“ und sollte daher durch deren Industrialisierung abgeschafft werden. Kantinen, Putzkolonnen und staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen sollten Abhilfe bringen. In den USA gab es in den 20er Jahren Konzepte einer kollektiven Aufgabenerfüllung zum Beispiel in Gemeinschaftshäusern, die sich jedoch nicht durchsetzen konnten.

Seit den 50er Jahren wird von konservativer Seite der Ruf nach „Aufwertung der Hausarbeit“ erhoben. In seinen materiellen und ideellen Konsequenzen blieb dieser Ruf jedoch weitgehend wirkungslos. Weder stieg das Ansehen der Hausarbeit noch gab es nennenswerte materielle Auswirkungen etwa sozialrechtlicher Art. Lediglich die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, Anfang der 70er Jahre noch von den Konservativen zu Fall gebracht, dann aber 1986 eingeführt, honoriert rentenrechtlich die Erziehungsleistung. Unzureichend ist jedoch die Ausgestaltung. Ein Jahr pro Kind spiegeln nicht die tatsächliche Leistung für Kinder und damit für das Allgemeinwohl wieder, und die rentenrechtliche Nichtberücksichtigung der Erziehungsleistung von erwerbstätigen Müttern ist nicht gerechtfertigt. Begrenzte Ausweitungen sind erst in dem Rentenreformgesetz 1992 zu erwarten.

Von Bedeutung waren jedoch einige Konsequenzen, die sich aus der schon im alten Eherecht festgelegten Gleichsetzung von Hausarbeit und Erwerbsarbeit ergaben. Zwar hegten die Richter von Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht nie Zweifel an der Verfassungskonformität der in § 1356 a.F. BGB normierten Verpflichtung der Frau auf die Hausfrauenehe („Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“), doch im fremdverschuldeten Invaliditäts- oder Todesfall der Hausfrau konnte der Ehemann beziehungsweise Witwer immerhin mit Schadensersatz gegenüber dem Schädiger für die ausgefallene Arbeitskraft seiner Frau rechnen. Das nützte zwar der Frau wenig, denn sie war durch Unfall entweder arbeitsunfähig oder tot, aber immerhin wurde der Wert ihrer Arbeit in solchen Unglücksfällen sichtbar. Vergleichbares gilt auch im Scheidungsfall im Hinblick auf Unterhaltsleistungen für ein Kind. Die Pflege und Versorgung durch die Mutter wird der Geldleistung des Vaters gleichgestellt.

Mit der Reform des Ehe- und Familienrechts 1977 entfiel die rechtliche Normierung der Hausfrauenehe. Den Ehegatten ist es seitdem selbst überlassen, wie sie Erwerbsarbeit und Hausarbeit untereinander verteilen. Aber der Wert der Hausarbeit wurde noch immer nicht jenseits schadens- und unterhaltsrechtlicher Regelungen sichtbar.

Hausarbeit ist Bestandteil der Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft.

Ein anderer von sozialdemokratischen Frauen favorisierter Ansatz ist die Forderung nach Teilung der Arbeit, und zwar sowohl der bezahlten als auch der unsichtbaren unbezahlten Arbeit. Sowohl Frauen als auch Männer sollen demnach jeweils bezahlte als auch unbezahlte Arbeit gleichermaßen leisten. Voraussetzung für dieses Modell ist eine Verkürzung der täglichen bezahlten Arbeitszeit. „Sechs-Stundentag für alle“ - lautet denn auch der entsprechende Slogan.

Das aus Sicht von Frauen berechtigte Anliegen scheiterte bisher jedoch an den mangelnden Voraussetzungen. Die Arbeitszeiten wurden zwar verkürzt, aber überwiegend nicht täglich. Die wöchentliche oder jährliche Arbeitszeitverkürzung und der Trend ins Grüne haben die Wegzeiten und damit die häuslichen Abwesenheitszeiten eher verlängert als verkürzt. Nach einer bundesweiten Untersuchung des Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen dauert der männliche Arbeitstag mit Pausen und Wegezeit durchschnittlich 9,2 Stunden. Kehrt der Mann nach Hause zurück, genießt er seine Freizeit, während jede dritte Arbeitnehmerin dann noch drei bis vier Stunden Hausarbeit vor sich hat.

Auch die Langlebigkeit traditionellen Rollenverständnisses verhindert, daß Männer ihren Pflichten im Haushalt und bei der Kindererziehung ausreichend nachkommen. Die Bedeutung des Mutter-Kind-Verhältnisses hat Generationen von Psychiatern, Psychologen und Buchschreibern beschäftigt, ob aber einem Kind der Vater fehlt, fragt niemand. Nur im Trennungsfall, wenn es um langjährige Unterhaltsgewährung geht, entdeckt manch Vater seine Pflicht für ein Kind.

So werden vermutlich den eindringlichen Appellen an Väter und Männer, ihren Pflichten in Haushalt und Familie nachzukommen, noch ein langes Leben beschieden sein. Für den Mann ist es zweifelsohne bequamer, sich daheim vor der Hausarbeit solange zu drücken, wie es für ihn folgenlos bleibt. Warum sollte er jene wenig sichtbare und wenig anerkannte Hausarbeit leisten, wenn es doch seine Frau tut? Daran ändert auch seine gelegentliche Mithilfe um des lieben Familienfriedens Willen wenig. Mehrstündig täglich im Hause arbeitet nach der NRW-Studie nur jeder 16. Mann und selbst an arbeitsfreien Tagen rührt ein Drittel aller Männer keinen Finger im Haushalt. Waschen ist zu 90 Prozent, Kochen zu 88 Prozent, Putzen zu 80 Prozent, Einkaufen zu 75 Prozent und Spülen zu 61 Prozent immer noch Frauensache (vergleiche: Kleines Wörterlexikon, Hrsg. von Florence Hervé, Ely Steinmann, Renate Wurms, Dortmund 1985, S. 220). 56 Prozent der Väter behaupten, keine Zeit für ihre Kinder zu haben und nur jeder 4. Vater spielt während seiner Freizeit mit seinen Kindern (vergleiche „Die Familie“ 3/89).

Wenn alle Bemühungen der Frauenbewegung um eine gerechte Verteilung der Hausarbeit bisher so wenig erfolgreich waren, so sollte über neue Wege nachgedacht werden.

Das Statistische Bundesamt bereitet sich zur Zeit vor, die von Frauen in privaten Haushalten erbrachte Wirtschaftsleistung ins Bruttosozialprodukt aufzunehmen. Dadurch ändert sich zwar nichts an der geschlechtsspezifischen Arbeitsverteilung im Hause, aber die Bedeutung der Hausarbeit für die Volkswirtschaft wird erstmals benannt und quantifiziert und damit auch wahrnehmbar werden. Insofern ist das Vorhaben als frauenfreundliche statistische Maßnahme zu begrüßen.

In eine frauenfreundliche Richtung weisen auch die Ausgleichsregelungen des Eheerbs, die aber erst bei der Ehescheidung gelten. Der Versorgungsausgleich im Falle der Scheidung sichert Frauen die Hälfte der vom Mann erworbenen Rentenanwartschaften und Versorgungsregelungen zu sowie Unterhaltsansprüche, wenn sie der wirtschaftlich schwächere Teil sind. Bei hohem Einkommen ist das kein materielles Problem, wohl aber bei geringem Manneseinkommen. Ihr zum Trost wird dann wenigstens ein Teil des Mangels verteilt.

Jedoch das Splitting erst nach dem Scheitern einer Ehe wirksam werden zu lassen, ist inkonsequent.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, für Frauen eigene Rentenanwartschaften aufzubauen, sollte das Splitting von Anwartschaften konsequenterweise bereits während einer Ehe vorgenommen werden. Gesplittet werden müßten alle Ansprüche vom Zeitpunkt der Eheschließung bis zu deren Ende. Damit würde die von Frauen erbrachte Hausarbeit ihren rentenrechtlichen Niederschlag bereits während der Ehe erhalten.

(-/13.6.1990/st/ks)

* * *

(Fortsetzung folgt in unserer nächsten Ausgabe)